LAGEBESPRECHUNG. Kurt Georg Kiesinger hat eine Neuerung im Kanzleramt eingeführt: Jeden Dienstagmorgen macht er mit einem engen Berater-Kreis „Lagebesprechung“. Teilnehmer: der Staatssekretär und alle Abteilungsleiter des Palais Schaumburg, die beiden Presseamts-Chefs Diehl und Ahlers, der Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, begleitet von einem Offizier der Unterabteilung S II im Führungsstab (Feindnachrichten, Abwehrfragen), ein AA-Staatssekretär und ein Vertreter von Ex-General Gehlens Bundesnachrichtendienst. Zunächst halten Ahlers oder Diehl einen längeren Einführungsvortrag über nationale und internationale Nachrichten und Kommentare. Dann ergänzen oder erweitern die anderen Teilnehmer diese Berichterstattung. Die Lagebesprechungen des Bundeskanzlers, die aus täglichen Konferenzen während der Nahostkrise entwickelt wurden, unterscheiden sich von den täglichen Lagebesprechungen des amerikanischen Präsidenten oder den früheren Lagebesprechungen Hitlers (zweimal täglich) in einem wesentlichen Punkt: Kiesinger gibt keine Weisungen; er läßt sich nur informieren — letzten Dienstag beispielsweise von Ahlers über einen Artikel Rudi Dutschkes gegen Rudolf Augstein.

NEUTRALER ORT. Bonn und Belgrad haben sich geeinigt, in Paris über die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu verhandeln. Ursprünglich wollten die Deutschen in Bonn mit den Jugoslawen konferieren. Belgrad lehnte jedoch ab, weil die Bundesregierung 1957 einseitig die diplomatischen Beziehungen abgebrochen habe, und schlug

die jugoslawische Hauptstadt als Tagungsort vor. Das wiederum paßte den Bonnern nicht, die daraufhin Wien oder Paris empfahlen. Nach der jugoslawischen Entscheidung für Paris können in dieser Woche endlich die Verhandlungen beginnen, die abwechselnd in der deutschen und jugoslawischen Botschaft geführt werden sollen.

MACHTKAMPE. Außenminister Brandt hat in einem Kompetenzstreit mit Verteidigungsminister Schröder gesiegt. Anlaß zu den Auseinandersetzungen war eine vom AA angeregte deutsch-französische Studie über die politisch-strategische Situation der siebziger Jahre; die Prognose — von Kanzler Kiesinger und General de Gaulle vor einem Jahr vereinbart — sollte federführend vom Bonner AA und der politischen Spitze des „Sekretariats der nationalen Verteidigung“ beim französischen Ministerpräsidenten erarbeitet werden. Schröder mißachtete diese Abmachung und überredete im vergangenen Juli seinen französischen Kollegen Messmer, die Studie nicht von Diplomaten, sondern von Generalen erstellen zu lassen: dem ehemaligen Bundeswehrgeneralinspekteur Trettner und dem militärischen Chef des Pariser Verteidigungssekretariats, General de Brébisson. Die AA-Diplomaten wollten sich daraufhin nicht mehr an dem Projekt beteiligen. In zahlreichen Gesprächen mit den Militärressorts machten die Außenminister Brandt und Couve de Murville im Verlaufe eines halben Jahres die Beschlüsse Schröders und Messmers rückgängig. Am Montag letzter Woche begannen schließlich AA-Ministerialdirektor Hellmuth Ruete und der stellvertretende Leiter der politischen Abteilung des französischen Außenmi-

nisteriums, Gesandter François Puaux, mit der Studienarbeit. Die Militärs sind vorerst nur durch Obristenränge vertreten.

RICHTIGSTELLUNG. Das finnische Außenministerium hat seine Handelsvertretung in Köln angewiesen, Finnland-Berichte in den Springer-Zeitungen „Bild“ und „Hamburger Abendblatt“ zu korrigieren. Beide Zeitungen berichteten in der letzten Woche aufgrund von Informationen des Springer-Auslandsdienstes, in Helsinki seien von 1500 im Dezember amnestierten Häftlingen 90 auf der Straße erfroren, weil sie weder Unterkunft noch Arbeit hätten finden können. 44 umherirrende Freigelassene „suchten Erlösung durch den Genuß von tödlichem Methylalkohol“ („Bild“). Beide Zeitungen machten für den „unglaublichen Skandal“ („Bild“) und die „skandalöse, grauenhafte Tragödie“ („Abendblatt“) die finnischen Behörden verantwortlich. Die Handelsvertretung in einem Telegramm an den Springer-Auslandsdienst: „Wir bedauern, daß Ihre Nachricht von Helsinki über entlassene Häftlinge einen völlig irreführenden Charakter bekommen hat. 1. Amnestiert wurden nur 900 Häftlinge. 2. Wie gerade von Helsinki bestätigt wurde, ist keiner der entlassenen Gefangenen erfroren noch an Methylalkohol gestorben.“

SPEKULANTEN. Zwei Gerüchte lösten in der vergangenen Woche an deutschen Börsen eine Außen-seiter-Hausse aus. Aktien des Mineralöl- und Kali-Konzerns Wintershall stiegen am Dienstag um 34 Punkte; am nächsten Tag, als Wintershall leicht fiel, zogen Aktien der Burbach-Kaliwerke AG, einer Wintershall-Tochter, um 40 Punkte an. Grund für die Kurssteigerungen: Börsenspekulanten hatten gehört, Wintershall (Nummer 38 in der Rangliste deutscher Firmen) habe in Libyen große Ölvorkommen entdeckt und der britische Ölkonzern BP wolle sich heimlich bei Wintershall einkaufen. Wintershall-Generaldirektor Josef Rust, Befürworter einer eigenständigen deutschen Öl-Industrie und enragierter Gegner des Verkaufs deutscher Unternehmen an Ausländer, hielt das Gerücht von einer BP-Beteiligung an seinem Konzern für so absurd, daß er es nicht dementierte. Daß Wintershall in Nordafrika auf mächtige Ölvorkommen gestoßen sei, ließ er bestätigen.

ZITAT. „Viele in der Großen Koalition sind in einer ähnlichen Lage wie der bayrische Bauer, der sich 1871 wehmütig an 1866 erinnerte und sagte: Dös war'n noch Zeiten, wo ma hat auf die Preißen schießen dürfen“ (Kanzler Kiesinger am vorletzten Sonnabend auf dem Parteitag der westfälischen CDU in Bochum).

„ICH WAR SO BLÖD...“

Der amerikanische Soziologe Charles Moskos jr. begleitete US-Infanteristen beim Einsatz in Vietnam. Über ihr Verhalten im Kampf und ihre Einstellung zum Krieg schrieb er einen Bericht, dem folgender Auszug entnommen ist:

Fragt man einen GI, warum er eigentlich in Vietnam ist, so ist die Antwort meist sehr individuell. Zum Beispiel: „Ich bin hier, weil meine Einheit hierher verlegt wurde“, „Ich war so blöd und bin freiwillig Soldat geworden“, „Ich war dumm genug, dem Rekrutierungs-Sergeanten zu glauben“ oder „Ich war zufällig zur falschen Zeit am falschen Platz“.

Und wenn man dann genauer wissen möchte, warum die USA überhaupt in Vietnam seien, dann hört man gewöhnlich, „um den Kommunismus zu stoppen“.

„Den Kommunismus zu stoppen“ ist der einzige ideologische Slogan, den man von den Soldaten überhaupt erwarten kann.

Wenn man sich schließlich weiter erkundigt, was denn am Kommunismus so schlecht sei, daß man ihn unter Einsatz des eigenen Lebens aufhalten müsse, ist der Soldat oft ziemlich ratlos. Gewöhnlich wird er seine Abneigung gegen den Kommunismus nach einigem Nachdenken damit begründen, daß er die autoritären Seiten betont. Typische Erklärungen für den Kommunismus sind: „Das ist, wenn man nicht tun kann, was man möchte.“ Und: „Jemand sagt dir immer, was du tun muß.“

Ein Mann drückte es so aus: „Kommunismus ist genau wie die Armee.“